



Schwäbisch Gmünd, 10.06.2015
Gemeinderatsdrucksache Nr. 119/2015

Vorlage an

Verwaltungsausschuss
zur Vorberatung
- öffentlich -

Gemeinderat
zur Beschlussfassung
- öffentlich -

Anträge zur Umbenennung von Straßen

Anlagen:

Verschiedene Presseartikel (Vortrag Prof. Pyta, Dr. Hecht, Stadt Fellbach, Kommentierung Süddeutsche Zeitung)

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, anstelle einer Umbenennung der Franz-Konrad-Straße, der Richard-Bullinger-Straße und des Hindenburgplatzes die aktuelle historische Einordnung und die Herstellung des Gegenwartsbezuges durch Zusatzinformationen oder eine künstlerische und grafische Brechung der kritischen Sicht auf die Namensgeber herzustellen. Das Stadtarchiv erstellt hierzu die erforderlichen Textbausteine/Textentwürfe. Ein Gestaltungsbüro wird mit der gestalterischen Umsetzung beauftragt, denkbar ist auch eine studentische Projektarbeit in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, in Verbindung mit dem Stadtarchiv ein Zusatzschild am Petersweg anzubringen, das über den früheren Namensgeber und die Umwidmung des Weges informiert.



3. Der Gemeinderat beauftragt das Stadtarchiv damit, eine/n Wissenschaftler/in für eine Studie zum Thema „Verwaltung im Nationalsozialismus am Beispiel der Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd“ zu gewinnen.

Sachverhalt und Antragsbegründung:

Mehrere Straßen in Schwäbisch Gmünd sind nach Personen benannt, die heute kritisch bzw. aus einem anderen Blickpunkt betrachtet werden, insbesondere, wenn es sich um Funktionsträger handelt, die während des Nationalsozialismus eine Rolle spielten. In der Diskussion stehen derzeit vor allem drei Straßennamen, für die es Anträge einzelner Fraktionen auf eine Umbenennung gibt: Franz-Konrad-Straße, Hindenburgplatz (SPD-Fraktion) und Richard-Bullinger-Straße (Fraktion: Die Linke).

Straßennamen waren nie ein objektiver „Spiegel der Geschichte“, sondern transportieren ein Geschichtsbild und spiegeln die Vorlieben bestimmter gesellschaftlicher Gruppen wieder. Dies gilt insbesondere für die Zeit vor 1918/1919 und die Jahre 1933-1945. Infolge politischer Zäsuren und veränderter Wertehaltungen wurden und werden Straßennamen vermehrt diskutiert. Es gibt Beispiele von Städten die Straßen umbenannt haben, und Beispiele, bei denen dies unterblieb (siehe Artikel Stuttgarter Zeitung vom 8.5.2015 über einen Beschluss des Gemeinderates Fellbach in der Anlage).

Vor allem seit 2013 beschäftigte sich der Arbeitskreis Erinnerungskultur mit der Umbenennung der Straßen. Kriterien für die Umbenennung von Straßen lagen und liegen nicht vor, was die Diskussion erschwerte. Der Arbeitskreis diskutierte sowohl geschichtswissenschaftliche Fragen, also die Einordnung von namensgebenden Personen durch die historische Forschung, als auch geschichtspolitische Fragen. Bei der geschichtspolitischen Dimension kristallisierten sich zwei unterschiedliche Sichtweisen heraus:

1. Straßennamen vor allem als bleibende Zeugnisse der Geschichte, die die historisch-politische Konstellation zum Zeitpunkt der Ehrung widerspiegeln. Straßennamen sollten nicht „abhängig vom Zeitgeist“ ständig geändert werden.
2. Straßennamen vor allem als gegenwartsbezogene Ehrungen von Personen, die aus unserer heutigen Sicht eine Vorbildfunktion haben und die heutige Identität der Stadt widerspiegeln sollten.

Um weitere Anregungen zu erhalten, wurden in den vergangenen Jahren und Monaten viele Veranstaltungen zu diesen Themenkomplex durchgeführt. Beispielhaft sei hier genannt: der Vortrag über Paul von Hindenburg durch Herrn Professor Dr. Wolfram Pyta am 11.4.2014 wie auch der Vortrag von Frau Dr. Cornelia Hecht, Haus der Geschichte Baden-Württemberg, am 6.11.2014. Darüber hinaus fanden viele weitere Veranstaltungen statt, die das Thema Erinnerungskultur in vielfältiger Weise und aus vielen Perspektiven beleuchtet haben, z.B.:

- Veranstaltungen zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus jeweils am 27. Januar jeden Jahres, unter anderen über die Euthanasie-Verbrechen und zur Verfolgung von Sinti und Roma



- Die Auslobung des „Gmünder Preises für Bürgercourage“
- Die Verlegung von „Stolpersteinen“ für ermordete jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Veranstaltungen zur Reichspogromnacht
- Jüngstes Beispiel ist der Gestaltungswettbewerb für das Zeichen der Erinnerung für die ehemalige Schwäbisch Gmünd Synagoge: Mit einer zeichenhaften Skulptur soll dabei der Eingang der ehemaligen Synagoge nachempfunden und die Abwesenheit des abgebrochenen Gebäudes und das Auslöschen der jüdischen Gemeinde visualisiert werden.

Forschungsstand zu den einzelnen Personen und der Benennung der einzelnen Straßen, für die eine Umbenennung beantragt wurde:

Hindenburgplatz:

Der Hindenburgplatz entstand im Rahmen von Neubauten der Siedlungsgesellschaft in den Jahren ab 1925. Ab 1925 wird er in den Gemeinderatsprotokollen und den Akten der Verwaltung unter diesem Namen geführt; in den Adressbüchern wird der Platz 1927 erstmals aufgeführt. Auch wenn eine Begründung für die Benennung der Straße durch den Gemeinderat fehlt: Geehrt wurde Paul von Hindenburg (1847-1934) damals aller Wahrscheinlichkeit nach als Feldmarschall des Ersten Weltkriegs („Sieger von Tannenberg“), der nach Kriegsende einer der prominentesten Vertreter der „Dolchstoßlegende“ und 1925 schließlich Reichspräsident wurde.

Am 6. November 1946 beratschlagte der Gemeinderat auf Befehl der Militärregierung über die Beseitigung von militaristischen und nazistischen Namen. Dabei herrschte die Meinung vor, dass nur solche Straßen umbenannt werden sollten, die eindeutig unter den Befehl der Militärregierung fielen. Einige Straßen erhielten neue Namen. Der Name Hindenburgplatz wurde beibehalten: „Die Bezeichnungen Bismarck-Straße, Häselerweg, Moltkestraße, Hindenburg-Platz werden mit 20 Stimmen gegen 3 belassen.“

Auch die Forschung der 1950er Jahre und darüber hinaus, die das ganze Leben des 1934 Gestorbenen in den Blick nehmen konnte, sah Hindenburg oft noch vorrangig als Symbol nationaler Einheit und demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Die neuere historische Forschung hat inzwischen verstärkt die Rolle Hindenburgs bei der Auflösung der Weimarer Republik hervorgehoben. Spätestens seit der Monografie von Wolfram Pyta (2007) ist das frühere Bild eines schwachen, von den ostelbischen Konservativen und Franz von Papen gelenkten Greises nicht mehr haltbar: Als charismatische Überbrückungsfigur zwischen Bismarck und Hitler, die den eigenen Mythos schuf, so Pyta, wollte Hindenburg eine mythisch verklärte „Volksgemeinschaft“ erreichen. Diese „Volksgemeinschaft“ sollte auf dem Boden eines autoritären Systems entstehen, das eindeutig antiparlamentarisch ausgerichtet war und weder politischen Pluralismus noch politische Gegner duldete. Dr. Wolfram Pyta hielt am 11. April 2014 einen sehr ausführlichen Vortrag zu Hindenburg. Aus der Sicht der Verwaltung ergaben sich aus dieser Veranstaltung keine zwingenden Gründe für oder gegen eine Umbenennung.



Richard-Bullinger-Straße:

Die Schwäbisch Gmünder Ratsherren beschlossen am 16. Mai 1940 auf Vorschlag von Oberbürgermeister Konrad, die Straße in das Schießtal „Richard-Bullinger-Straße“ zu nennen. Geehrt wurde Bullinger als Fliegerhauptstabsingenieur im Reichsluftfahrtministerium wegen seines Wirkens bei der Errichtung der Zahnradfabrik, der Schwäbischen Zahnradwerke und der Niederlassung der Leichtgusswerke Schenk sowie der Einbindung anderer Betriebe in die Rüstungsindustrie. Bereits 1938 hatte Richard Bullinger von der Stadt zum Dank einen Silberteller erhalten.

Bei der Errichtung und Förderung von reichswichtigen Produktionsstätten wie Rüstungsbetrieben hatten das Reichsluftfahrtministerium und das Heereswaffenamt in Berlin bedeutende Kompetenzen. Sie spielten also, zusammen mit Arbeitsamt und Stadtverwaltung, eine wichtige Rolle beim Umbau der Schwäbisch Gmünder Wirtschaft in den Notstandsjahren zwischen 1934 und 1939.

Obwohl Bullingers Wirken im Zusammenhang mit Schwäbisch Gmünd auf Grundlage der Unterlagen im Stadtarchiv erforscht wurde [Noetzel, 1987], liegt seine Rolle im Reichsluftfahrtministerium weitgehend im Dunklen. Die Personalakten und die Sachakten zu den Dienststellen, denen Bullinger angehörte, im Bundesarchiv in Freiburg wurden bisher nicht ausgewertet.

Franz-Konrad-Straße:

Franz Konrad (1891-1957), war von 1934-1945 und von 1954-1956 Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd. 1963 beschloss der Gemeinderat einstimmig, ihn als Planer der Rehnhofsiedlung mit einem Straßennamen zu ehren.

1934 ernannte das Innenministerium Konrad, bisher Bürgermeister von Laupheim, zum neuen Schwäbisch Gmünder Oberbürgermeister. Eine Wahl fand nicht statt. Konrad trat die Nachfolge von OBM Lüllig (1923-1934) an, der seines Amtes enthoben worden war. Franz Konrad war seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP und seit November 1933 Mitglied der SA-Reserve. In seiner ersten Amtszeit in Schwäbisch Gmünd erreichte er durch seine Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dass der Status der Stadt als Notstandsgebiet (1934-1939) aufgehoben wurde. In dieser Amtszeit, die v.a. gegen Ende auch von militär- und krankheitsbedingten Abwesenheiten geprägt war, wurden nationalsozialistische Zwangs- und Verfolgungsmaßnahmen umgesetzt: gegenüber Juden, behinderten Menschen, Zwangsarbeitern etc. Dies geschah nicht nur mit Wissen Konrads, die Stadtverwaltung war an vielen solchen Maßnahmen mit großer Wahrscheinlichkeit auch beteiligt. Dies wäre jedoch noch im Einzelnen nachzuweisen.

Zwei teilweise umstrittene Entnazifizierungsverfahren 1947/48 vor der Spruchkammer Schwäbisch Gmünd stuften ihn als entlastet ein. 1948 stellte sich Konrad zur Wahl als Oberbürgermeister und trat gegen Franz Czisch (CDU) an, amtierender Oberbürgermeister seit 1946. Die Wahl wurde von der amerikanischen Militärregierung nicht anerkannt, u.a. wegen antisemitischer Vorfälle während der Wahl, für die Konrad jedoch keine direkte Verantwortung nachgewiesen werden konnte. Nach einem Untersuchungsverfahren der Militärregierung durfte er sein Amt nicht antreten. Das dritte Spruchkammerverfahren vor der Zentralspruchkammer Nord-Württemberg wurde eingestellt, da



Konrad weder als „Belasteter“, noch als „Hauptschuldiger“ eingestuft wurde. 1954 trat Konrad wieder als Oberbürgermeister an, wurde gewählt und amtierte von 1954-1956. Krankheitsbedingt trat er 1956 zurück und starb 1957 in Laupheim.

Obwohl die Zeit des Nationalsozialismus bereits breit erforscht wurde [Lämmle, Müller], wurde Franz Konrads Rolle und die der Stadtverwaltung innerhalb des nationalsozialistischen Regimes auf der lokalen Ebene bisher nicht eingehender beleuchtet. Dies sprach auch Dr. Cornelia Hecht in einem Vortrag im November 2014 an. Gegen Ende des Jahres erscheinen voraussichtlich im Einhorn-Jahrbuch zwei Beiträge zu Franz Konrad, die ihn aus unterschiedlicher Perspektive beleuchten. Das Stadtarchiv wird darüber hinaus versuchen, eine/n Doktorand/in zu finden, die/der eine Dissertation zum Thema „Stadtverwaltung im Nationalsozialismus“ erstellt und dabei sowohl größere städtische Personengeflechte und Strukturen als auch die Zeit nach 1945 in den Blick nimmt.

Vorschläge für das weitere Vorgehen:

1. Unter anderem am Beispiel der Entfernung der Buchstaben „Maria-Kahle-Schule“, vorausgegangen war eine längere Diskussion im Gemeinderat (Gemeinderatsdrucksache 027/2012), ist das Bürgermeisteramt der Auffassung, dass mit einer Entfernung kontroverser und strittiger Namen ein Stück Stadtgeschichte entfernt, weggewischt und in die Archive verdrängt wird. Eine Auseinandersetzung findet nicht mehr in dem erforderlichen Maß oder gar nicht mehr statt. Fragmente, Erinnerungsstücke, Namen werden eingelagert und aus dem öffentlichen Raum und damit aus der öffentlichen Wahrnehmung entfernt.

Deshalb schlägt die Verwaltung vor, anstelle einer Umbenennung der Straßen Franz-Konrad-Straße, Richard-Bullinger-Straße und des Hindenburgplatzes, die aktuelle historische Betrachtung und Einordnung sowie die Herstellung des Gegenwartsbezuges durch Zusatzinformationen oder eine künstlerische oder grafische Brechung der kritischen Sicht auf die Namensgeber herzustellen. Es wird vorgeschlagen, das Stadtarchiv mit der Erstellung der Texte zu beauftragen. Ein Gestaltungsbüro soll dann mit der gestalterischen Umsetzung beauftragt werden. Denkbar für die Gestaltung wäre auch eine studentische Projektarbeit in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung.

2. Das Thema „Franz Konrad“ wurde in den letzten zwei Jahren im Arbeitskreis Erinnerungskultur wiederholt diskutiert. Diese Diskussionen dienten zum Austausch unterschiedlicher Positionen. Neue Erkenntnisse zur Person von Franz Konrad und seiner Rolle vor und nach 1945 ergaben sich nicht. Deshalb wurden von Seiten des Stadtarchivs vorgeschlagen, zunächst die Forschungslücken in Bezug auf Franz Konrad und die Stadtverwaltung im Nationalsozialismus zu schließen. Die historische Forschung hat in den letzten zehn Jahren das lange Zeit vorherrschende Bild der Kommunen im Nationalsozialismus als Spielball von Partei und Staat revidiert. Inzwischen werden viele Kommunen als eigenständige Akteure wahrgenommen, die Ressourcen für das nationalsozialistische Regime bereit gestellt haben.

Zur Stadtverwaltung im Nationalsozialismus gibt es für Schwäbisch Gmünd keine einschlägige Arbeit. Gerade der Vortrag von Frau Dr. Cornelia Hecht hat die Ein-



schätzung bestätigt. Frau Dr. Hecht riet dazu, sehr viel genauer zu forschen und neben der Person Franz Konrad größere städtische Personengeflechte, sowie die Zeit nach 1945 bis hin zur Benennung der Straße in den Blick zu nehmen.

Nachdem auffallend ist, dass für Kommunen in Württemberg, im Unterschied zu anderen Ländern, kaum aktuelle einschlägige Studien zur Verwaltung im Nationalsozialismus vorliegen, schlägt die Verwaltung vor, Schwäbisch Gmünd und Franz Konrad als durchaus typisches und durch die Wahl 1948 andererseits auch einzigartiges Beispiel, aufzugreifen. Verfolgt werden soll, daher die Möglichkeit, die Erforschung der Stadtverwaltung breiter anzulegen und große auswärtige Institutionen wie Hochschulen zu beteiligen.

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde das Thema Umbenennung Petersweg immer wieder in den örtlichen Medien aufgegriffen. Nach einer Anhörung der Anlieger und einer Vorberatung im damaligen Bezirksbeirat am 04.05.2012 hat der Gemeinderat am 26.09.2012 entschieden, diesen Weg anstelle nach dem Kolonialbeamten Carl Peters nach dem Maler Hans Peters zu benennen. Ein Hinweis auf den neuen Namensgeber des Weges wurde angebracht. Die Verwaltung würde ein solches Vorgehen nicht mehr empfehlen. Wie bei den im Beschlussantrag genannten Straßen schlägt die Verwaltung vor, den Vorgang durch entsprechende Texte aufzuarbeiten und darzustellen.

Volksheld oder Wegbereiter der Diktatur?

Historiker Wolfram Pyta referiert über den politischen Lebensweg Hindenburgs

Das Interesse am Thema war so groß, dass die Veranstaltung vom Rathaus in den Stadtgarten verlegt werden musste. Neben einem allgemeinen historischen gibt es nämlich auch ein lokales Interesse. Was soll Schwäbisch Gmünd mit seinem Hindenburgplatz machen? Den Namen belassen oder umbenennen?

Ulrike Haas



Schwäbisch
Gmünd.
Franz-
Konrad-
Straße,
Petersweg,

OB Richard Arnold begrüßt den Referenten Dr. Wolfgang Pyta. (Foto: Tom)

Hindenburgplatz – Straßennamen so geschichtsträchtig wie umstritten. In Schwäbisch Gmünd ist eine Diskussion über deren Verbleib im Gange. Soll man diese Straßen umbenennen oder sollen sie als Geschichtszeugnis erhalten bleiben? Der Vortrag von Professor Dr. Wolfram Pyta über Paul von Hindenburg war auch als Beitrag zu dieser Diskussion gedacht.

Pyta skizzierte den politischen Werdegang Hindenburgs zwischen den Jahren 1914 und 1934. Er zeigte, wie der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zur Reaktivierung des bereits in den Ruhestand getretenen Generals führte, der mit der siegreichen Schlacht von Tannenberg 1914 zur nationalen Symbolfigur geworden war. Weil Kaiser Wilhelm II. als sprung- und launenhaft galt, habe Hindenburg eine Lücke ausgefüllt und sich zugleich als „genialer, instinktsicherer Medien- und Geschichtspolitiker“ präsentiert, der gleich mehrere Bildhauer und Maler für sich arbeiten ließ, sagte Pyta.

Dass der Erste Weltkrieg verloren ging, habe dem Ruf Hindenburgs nicht geschadet. Zwischen alter Monarchie und revolutionären Umtrieben habe er eine Brückenfunktion eingenommen. Dem Kaiser habe er 1918 geraten, ins niederländische Exil zu gehen, aus dem Wilhelm II. nie wieder zurückkehrte. Das Thema Monarchie war damit erledigt. 1925 wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Der Wiederaufstieg der Deutschen Nation und die Stärkung der Volksgemeinschaft seien seine Anliegen gewesen. Als Anfang der 30-iger Jahre die NSDAP die politische Bühne betrat, habe er ausgerechnet in dieser Partei einen Verbündeten gesehen. 1932 wurde die NSDAP zur stärksten politischen Kraft in Deutschland. Als in der zweiten Hälfte desselben Jahres Reichstag und

Reichspräsident sich gegenseitig blockierten und der „Staatsnotstand“ eintrat, habe sich Hindenburg für Adolf Hitler als Reichskanzler entschieden. Hitler sei es in der Folgezeit gelungen, Hindenburg für sich einzunehmen. Auch als die NSDAP 1933 begann, demokratische Grundrechte aufzuheben, habe Hindenburg „die Dinge laufen lassen“. Er unternahm auch nichts gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz, mit dem Reichstag und Reichspräsident entmachtet wurden. Hindenburg habe diesen Prozess akzeptiert in der Hoffnung – das habe er selbst in seinem politischen Testament beschrieben – dass der erhoffte Wiederaufstieg Deutschlands zu voller Erfüllung gelange, sagte Pyta.

© Gmünder Tagespost 13.04.2014 22:34:04

IM BLICK STRASSENAMEN

Erklären ja, zudecken nein!

Die SPD und die Linke im Gmünder Gemeinderat wollen die Franz-Konrad-Straße, den Hindenburgplatz und die Richard-Bullinger-Straße umbenennen. Neben einer Umbenennung wird in Gmünd auch die Variante diskutiert, die Namen zu belassen und ihr Entstehen, ihre Geschichte durch eine erläuternde Tafel zu erklären. Gmünds neuer Gemeinderat sollte sich, wenn er dies berät, für eine Erklärung der Namen entscheiden. Dies hat zunächst praktische Gründe: Es schmälert den Aufwand, den beispielsweise das weltweit operierende Unternehmen ZF Lenksysteme bei einer Umbenennung der Richard-Bullinger-Straße hätte.

Was aber schwerer wiegt: Eine Erklärung der Namen eröffnet die Möglichkeit, Straßennamen, ihre Entstehung und spätere Diskussionen darüber für nachfolgende Generationen zu bewahren. Die Namensgeber wären nicht aus den Augen und damit nicht aus dem Sinn. Die Stadträte würden sie nicht ehren, sondern erinnern und damit Verantwortung für die Geschichte der

Stadt übernehmen. Eine solche Vorgehensweise des Gemeinderates würde die Möglichkeit eröffnen,

die unglückliche Entscheidung des Gemeinderates zum Petersweg auf dem Rehnenhof vom September 2012 auf den Prüfstand zu stellen. Damals wurde – nach emotionaler Debatte – aus dem ursprünglichen Namensgeber Carl Peters, der laut Stadtverwaltung „im 19. Jahrhundert als Kolonialbeamter die Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika brutal unterdrückt“ hatte, der schlesische Maler Hans Peters. Der Maler wurde flugs zum neuen Namensgeber. Seine Lebensdaten zieren heute das Straßenschild auf dem Rehnenhof. Mit dieser Flucht aus der Geschichte werden Fakten zugedeckt, verschleiert. Ein ergänzendes Schild beim Petersweg jedoch, das die Person Carl Peters beleuchtet und erklärt, wie die Straße zu diesem Namen kam, wäre ein mutiger und ein großartiger Schritt hin zu mehr Aufrichtigkeit.



Michael Länge

Keine historische Entsorgung betreiben

Cornelia Hecht referiert zum ehemaligen Gmünder OB Konrad und bezieht Stellung zu Straßenumbenennungen

Sie sei nicht hier, um den Daumen über Franz Konrad hoch oder runter zu halten, sagte Dr. Cornelia Hecht vor ihrem Vortrag über NS-Eliten auf lokaler Ebene in der VHS. Das tat sie dafür in Sachen Straßenumbenennung. Die halte sie für ein Problem, man solle keine „historische Entsorgung“ betreiben.

Matthias Thome <<http://www.gmuender-tagespost.de/service/redaktion/thome-matthias/>>



Das Thema Franz Konrad zieht: Bevor Dr. Cornelia Hecht anfing zu sprechen, mussten sogar zusätzliche Stühle in den VHS-Saal gebracht werden. (Foto: matze)

Schwäbisch Gmünd. Das Thema Franz Konrad bewegt. Julius Mihm glaubte in seinem Grußwort auch zu wissen, warum: Die Erinnerungskultur in Deutschland habe sich gewandelt. „Besonders in Schwäbisch Gmünd wurde sie in den letzten Jahren von den Opfern des NS-Regimes auch auf die Täter ausgeweitet“, sagte der Baubürgermeister. „Deshalb sind auch die Straßennamen stark in die Diskussion gekommen.“ Zum Beispiel eben jene Franz-Konrad-Straße in Wetzgau-Rehnenhof, die seit 1963 nach dem ehemaligen Gmünder Oberbürgermeister während und nach der NS-Zeit benannt ist.

Dr. Cornelia Hecht ist derzeit am Haus der Geschichte Baden-Württemberg tätig. Zuvor hat sie sieben Jahre lang in Laupheim das Museum zur Geschichte von Christen und Juden mit aufgebaut. Deshalb hat sie auch einen anderen Blickwinkel auf Konrad, der von 1924 bis 1934 Laupheimer Schultheiß war, bevor er vom Innenministerium als Gmünder Stadtoberhaupt eingesetzt wurde. „Ich kenne auch den Franz Konrad der 1920er Jahre“, sagte Hecht. „Zum Beispiel hatte er sehr engen Kontakt zum Juden Max Berger – auch nachdem dieser 1938 in die USA emigrierte.“

Dennoch sieht Hecht auch den Konrad, der 1934 in die NSDAP eintrat, sie nennt den OB eine „sehr ambivalente Person“. Nach 1945 behauptete Konrad, nie überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein. „Er sagte, er habe verhindern wollen, dass er durch die Gleichschaltung ersetzt wird“, sagte Hecht, die im Vortrag auch Quellen nannte, die Konrad das bescheinigen.

Unter anderem war das eine Parteimitschrift, in der sich Konrad selbst gegen Vorwürfe zu

seiner Funktion zwischen 1934 und 1945 verteidigt. So habe er gegen den Druck der Nazis viele Personen in öffentlichen Ämtern gehalten. Er habe sich dagegen gewehrt, dass Kinder von städtischen Bediensteten nicht in konfessionelle Schulen dürfen. Auch habe er seine Kinder immer katholisch erzogen, auf eine katholische Schule geschickt und selbst an der Fronleichnamsprozession 1935 teilgenommen – gegen den Willen des Regimes. Hecht zeigte Quellen auf, die Konrad in diesen Behauptungen stützen: unter anderem eine eidesstattliche Erklärung seines Stadtkämmerers, der Konrad als praktizierenden Katholiken und verdeckten Widerständler gegen das Regime charakterisierte. Aber auch Laupheimer Weggefährten, die Konrad bescheinigten, nur in die NSDAP eingetreten zu sein, um seinen Posten nicht für einen „Partei-Bonzen“ freiräumen zu müssen. Eine Quelle beschreibt Konrad sogar als „Hemmschuh des Nationalsozialismus“.

Hecht warnte jedoch davor, blind auf diese Persilscheine zu vertrauen: „Ich habe eine These“, sagte Hecht und betonte das Wort mit erhobenem Zeigefinger, denn dafür fehlten ihr im Moment jegliche Belege. „Es könnte sein, dass es eine Muster-Story gegeben hat, die Grundlage für die Persilscheine war, zum Beispiel die eidesstattliche Erklärung des Kämmerers.“ Es sei schon auffällig, dass die Quellen häufig die Fronleichnamsprozession 1935 als Beleg dafür nennen, dass Konrad überzeugter Christ war und nicht überzeugter Nationalsozialist. Auch andere Teilstücke ähnelten sich sehr. „Trotzdem müssen wir bestimmte Quellen ernst nehmen“, sagte Hecht. „Einige Persilscheine kommen von Laupheimern, von denen ich weiß, dass sie nie einen geschrieben hätten, wenn sie nicht davon überzeugt gewesen wären.“

Hecht nannte im Vortrag auch Teile einer Arbeit von Franz Merkle, die belegen, dass Konrad in seiner Amtszeit sehr wohl im Sinne des Regimes gehandelt hat. Zum Beispiel kam kein Einwand vom OB, als den Juden der Besuch des Gmünder Stadtfestes verboten wurde.

„Ich bin nicht hier, um den Daumen rauf oder runter zu halten“, hat Cornelia Hecht zu Beginn ihres Vortrags gesagt. Für eine endgültige Entscheidung sei einfach zu wenig über ihn bekannt. Deshalb mahnte sie, weiter zu forschen: „Mein Appell lautet: Gehen Sie der Konrad-Geschichte sehr genau nach.“

Im Bezug auf die Gmünder Diskussion, die Franz-Konrad-Straße wieder umzubenennen, bezog Hecht jedoch klar Stellung: Bei der „Entnazifizierung von Straßen“ sei immer guter Wille dabei, trotzdem halte sie diese für ein Problem. „Eine Umbenennung befreit nicht von der NS-Vergangenheit.“ Viel wichtiger sei es, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wer Personen wie Franz Konrad waren, vielleicht durch Infotafeln. „Was machen denn die nach uns, wenn die Straßen nur noch Sophie Scholl oder Graf von Stauffenberg heißen?“

Straßennamen brauchen Zeit

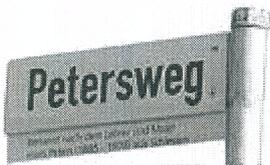
Stadt will nicht schnell über Franz-Konrad-Straße und Hindenburgplatz entscheiden

Die Anträge haben Monate auf dem Buckel: SPD und Linke im Gemeinderat wollen, dass die Franz-Konrad-Straße, der Hindenburgplatz und die Richard-Bullinger-Straße umbenannt werden. Entscheiden soll der neue Gemeinderat. Vielleicht auch nochmal über den Petersweg. Wann, ist offen.

michael länge <<http://www.gmuender-tagespost.de/service/redaktion/laenge-michael/>>



Entfernt, aber nicht vernichtet: Die Buchstaben aus Blech, die bis 2012 den Schriftzug „Maria-Kahle-Schule“ an der heutigen Klösterleschule bildeten, werden in Gmünds Stadtarchiv aufbewahrt. Sie stehen für eine Diskussion, die Gmünd auch bei hinterfragten Straßennamen führen wird: entfernen oder erläutern? (Foto: Tom)



Schwäbisch Gmünd. Sie liegen in Gmünds Stadtarchiv und harren der Entscheidungen, die da kommen: 16 Buchstaben, die ab 1936 an der südlichen Seite der heutigen Klösterleschule hingen. Bis 2012 standen sie für „Maria-Kahle-Schule“, den früheren Namen des Gebäudes. Dann sind sie abgehängt worden, Ergebnis einer etwa eineinhalb Jahre dauernden Diskussion im Gemeinderat und unter Bürgern. Denn nachdem die Klösterleschule im Sommer 2010 in Brand geraten war, kam in Gmünd eine Diskussion über den früheren Namen „Maria-Kahle-Schule“ auf. Die Schule war drei Jahre nach Hitlers Machtübernahme nach der sauerländischen Schriftstellerin benannt worden. In der Diskussion ab 2010 wurde sie mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime in Verbindung gebracht. Stadträte und Bürger machten sich stark dafür, den Namenszug

„Maria-Kahle-Schule“ von dem Gebäude zu entfernen. Ein Kernpunkt dabei: Wie geht Gmünd mit jüngerer Vergangenheit um? Zur Wahl stand: die Buchstaben entfernen oder durch eine ergänzende Tafel erläutern. Der Gemeinderat entschied mit großer Mehrheit für Ersteres. Damit jedoch war die Diskussion über die jüngere Vergangenheit nicht zu Ende. Im Gegenteil: Gmünd war sensibilisiert. Der Begriff der Erinnerungskultur – die Kultur, die eine Stadt in Bezug auf die Erinnerung ihrer Vergangenheit pflegt – hielt Einzug. Gmünd diskutierte über den ersten Oberbürgermeister der Nachkriegszeit, Franz Czisch, und wie die Stadt mit ihm umgegangen ist. Die Diskussion mündete in einen Preis für Bürgercourage im Gedenken an Franz und Katharina Czisch. Gmünd diskutierte und diskutiert über das Kriegerdenkmal am unteren Marktplatz und den Bildhauer Jakob Wilhelm Fehrle.

Und Gmünd diskutierte und diskutiert über Straßennamen. Zunächst über den Petersweg auf dem Rehnenhof. Im September 2012 wurde – nach emotionaler Debatte – aus dem ursprünglichen Namensgeber Carl Peters, der laut Stadtverwaltung „im 19. Jahrhundert als Kolonialbeamter die Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika brutal unterdrückt“ hatte, der schlesische Maler Hans Peters. Der Maler wurde flugs zum neuen Namensgeber. Seine Lebensdaten zieren heute das Straßenschild auf dem Rehnenhof. Eine schnelle Flucht aus der Geschichte.

Im Raum stehen heute Anträge der SPD und der Linken im Gemeinderat. Die SPD-Fraktion will, dass die Franz-Konrad-Straße und der Hindenburgplatz umbenannt werden. Die Linke-Fraktion will, dass die Richard-Bullinger Straße einen anderen Namen erhält. Konrad war zwischen 1934 und 1945 Gmünds Oberbürgermeister, von den Nationalsozialisten eingesetzt. Bullinger war Angestellter im Generalsrang im Reichsluftfahrtministerium. Hindenburg war ab 1925 Reichspräsident, er ernannte Hitler 1933 zum Reichskanzler. An ihnen wird die Diskussion aufflammen, die beim Schriftzug Maria-Kahle-Schule geführt wurde: entfernen oder erläutern. „Wenn wir die Namen einfach tilgen, blenden wir einen wichtigen Teil der Zeitgeschichte aus“, sagt Stadtsprecher Markus Herrmann. Entscheiden wird dies der Gemeinderat. Wann die Entscheidung fällt, ist offen. Herrmann sieht Stadträte, Bürger und Stadtverwaltung jedoch nicht am Anfang einer Diskussion, sondern mittendrin. Diese Diskussion und der Weg zur Entscheidung sind für Herrmann das eigentlich Spannende. Denn die Verwaltung rückt dabei die Personen in den Blick, nach denen die Straßen benannt sind. Zum Beispiel mit Vorträgen, die helfen sollen, die Rollen und Funktionen der Namensgeber zu klären. Über Hindenburg sprach der Stuttgarter Historiker Dr. Wolfram Pyta im Stadtgarten, über Franz Konrad die Historikerin Dr. Cornelia Hecht aus dem Stuttgarter Haus der Geschichte. Auch soll erforscht werden, unter welchen Aspekten die Straßen benannt wurden, weshalb also die Stadt 1963 eine Straße am Rehnenhof nach Franz Konrad benannt hat. Für die Entscheidung will sich die Stadtverwaltung Zeit nehmen. Zumal sie auch von den Fraktionen, die die Umbenennungen beantragt haben, keinen Druck verspürt. „Was wir nicht wollen“, sagt Herrmann klar, „ist eine schnelle Einteilung in Schwarz und Weiß“, in Gut und Böse also. Was der Stadtsprecher sich aber vorstellen kann: Dass der

Oberbürgermeister, der „nicht mit vollem Herzen“ hinter dem Namenstausch von Carl zu Hans Peters stand, bereit ist, diese Entscheidung, sollte sie als Mogelpackung empfunden werden, nochmal aufzugreifen.

Die 16 Buchstaben indessen, sie liegen nach wie vor im Stadtarchiv und warten, bis sie eines Tages vielleicht Einzug finden in eine Ausstellung über die jüngere Gmünder Geschichte.

Mehr zum Thema

- IM BLICK • Straßennamen: Täuschung bei Petersweg korrigieren
<<http://www.gmuender-tagespost.de/782335>>

© Gmünder Tagespost 08.01.2015 20:14:28

Keine Straße wird umgetauft

Fellbach Die Mehrheit im Gemeinderat will mit Rücksicht auf Anwohner die Benennung nach Hindenburg, Ernst-Heinkel und August Lämmle belassen. Von Gerhard Brien

Am Ende hat wohl das Votum der Anwohner den Ausschlag gegeben: Eine Mehrheit des Fellbacher Gemeinderats hat es in der Sitzung des 19. März am Dienstagabend abgelehnt, drei umstrittene Straßennamen zu ändern. Vorausgegangen waren eine öffentliche Beratung, eine Bürgerversammlung und eine Umfrage unter den Anwohnern der Hindenburgstraße in Oeffingen sowie der Ernst-Heinkel- und der August-Lämmle-Straße in Fellbach. Die Anwohner hatten sich mit großer Mehrheit gegen eine Umbenennung ausgesprochen, die für sie mit Adressänderungen verbunden wäre.

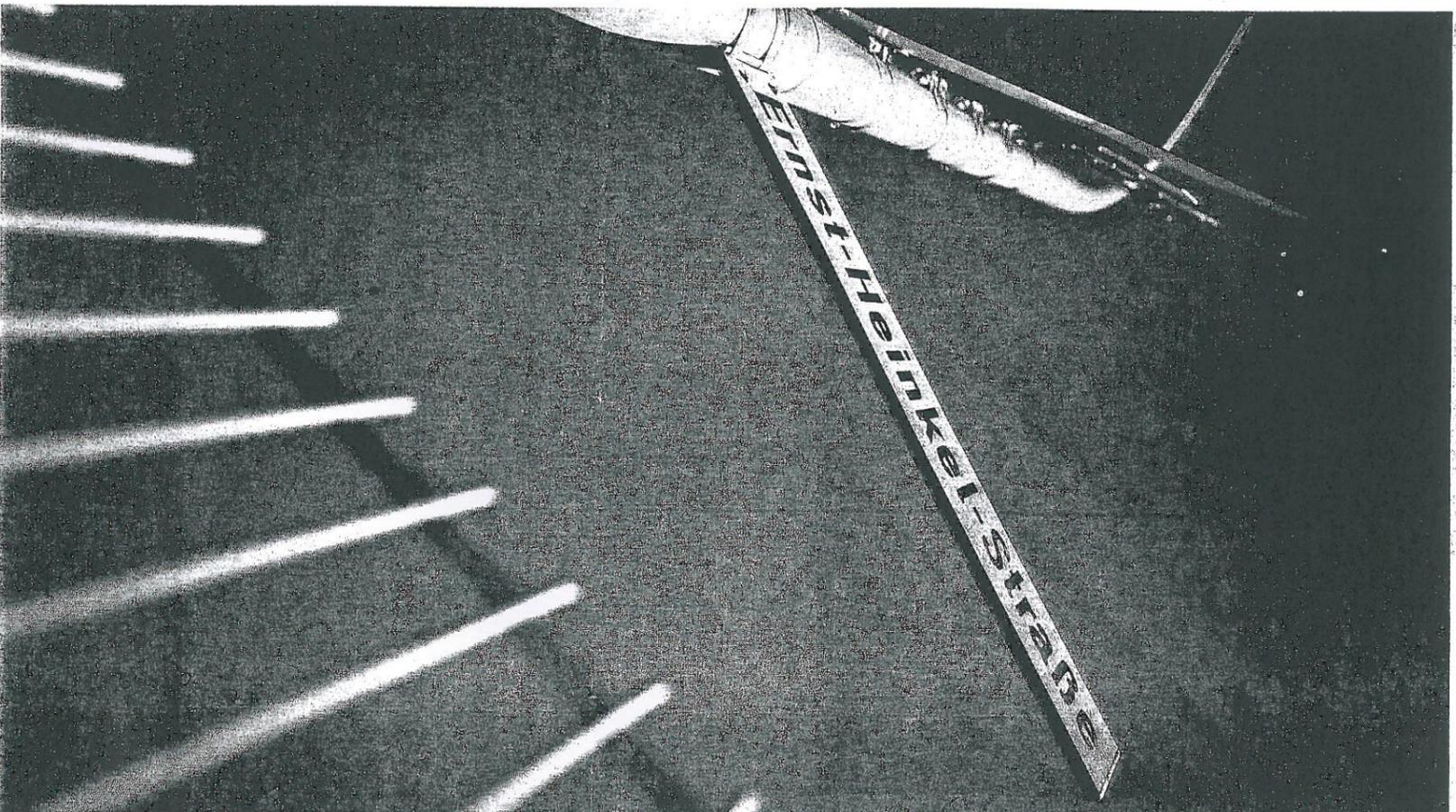
Oberbürgermeister Christoph Palm lobte die „gute Debatte“ in Fellbach, die sich wohlthuend von Diskussionen an demnächst, etwa im Senat von Berlin, abhebe. Palm schlug im Hinblick auf die Ergebnisse der Umfrage und der Bürgerversammlung vor, kein förmliches Verwaltungsverfahren zur Umbenennung einzuleiten, sondern an den entsprechenden Straßenschildern Erläuterungen zu den historisch belasteten Personen anzubringen. Außerdem solle auf Schulen und Landespolitik eingewirkt werden, im Unterricht und im Lehrplan auf die drei Namensgeber einzugehen.

In der allgemeinen Diskussion habe sich gezeigt, dass nur wenige eine Umbenennung der August-Lämmle-Straße befürworteten, weil der Heinkel als „harmloser Mitläufer“ eingestuft wurde. Am heikelsten, so Palm, habe sich der Name Ernst Heinkel erwiesen, weil neuere historische Forschungen aufgedeckt hätten, dass der Flugzeugpionier im Zweiten Weltkrieg von der Ausbeutung der Zwangsarbeiter und KZ-Insassen profitierte. Paul von Hindenburg dagegen sei nicht allein daran zu beurteilen, dass er Hitler an die Macht gebracht habe.

In der CDU-Fraktion habe es eine klare Position auch für den Verbleib des Namens Hindenburgstraße gegeben, berichtete deren Vorsitzender Hans-Ulrich Spiehl. Bei der Heinkel-Straße sei die Sache schwieriger. Die CDU hatte die Umbenennungsbatte im Jahr 2013 ins Rollen gebracht mit ihrer Anregung, diesen Straßennamen zu überdenken: Der Unternehmer habe „KZ-Häftlinge in riesigen industriellen Ausmaß missbraucht“. Dennoch könne man auch mit einer Beibehaltung von Straßennamen dafür sorgen, dass eine kritische Auseinandersetzung möglich werde. Als Minderheitenwohner in seiner Fraktion machte Herbert Aldinger auch im Namen von Harald Rienth deutlich, dass man so einen Mann nicht mit einer Straße ehren könne.

Ganz klar gegen eine Umbenennung aller drei Straßen sprach sich der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler/Freien Demokraten, Ulrich Lenk, aus: So etwas könne nur in einem Ausnahmefall in Frage, in solcher liege hier nicht vor. Jede historische Person habe das Recht, entsprechend „ihrer Epoche und des jeweils herrschenden Zeitgeistes“ beurteilt zu werden. Lenk warte darauf, andere Menschen „selbstgerecht und mit geradezu missionarischem Eifer“ zu verurteilen.

Dagegen forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Möhlmann, die Hin-



Auch die Ernst-Heinkel-Straße in Fellbach behält ihren Namen.

Foto: Gottfried Stoppel

denburg- und die Heinkel-Straße umzubenennen und auf Zusatzschildern auf die früheren Namen hinzuweisen. Schließlich werde mit einer Straßenumbenennung immer „das Ziel verfolgt, jemanden zu ehren und als Vorbild darzustellen“, ergänzte der SPD-Stadtrat Harald Rak.

Auch die Grünen-Fraktionsvorsitzende Agata Imurzynska sprach sich für neue Straßennamen aus: „Darf ein Verbrecher geehrt werden, weil er ein genialer Ingenieur war?“ Ihr Fraktionskollege Michael Vonau meinte, ein Zusatzschild reiche nicht aus, um die Problematik zu erläutern. Karl Würz (ebenfalls Grüne) forderte zudem die Umbenennung der August-Lämmle-Straße: „Ohne Mitläufer sind solche Sys-

teme nicht möglich gewesen“. Der Linke-Stadtrat Christian Hinrichsen bekräftigte, Hindenburg und Heinkel dürfe man nicht mit Straßennamen ehren. Die beiden Stadträte der Alternative für Deutschland (AfD) schlossen sich der Argumentation der bürgerlichen Fraktionen an, stellten aber bürgerlichen Fraktionen an, stellten aber Zusatzschilder und Lehrplan-Forderungen als „Symbolpolitik“ ab, sagte Andreas Zimmer.

Am Ende votierten 21 Mitglieder des Gemeinderats gegen eine Umbenennung der Hindenburgstraße aus, zehn waren dafür. Im Fall der Ernst-Heinkel-Straße waren 18 gegen eine Änderung, zwölf dafür, bei der August-Lämmle-Straße waren es 22 zu vier Stimmen.

NAZI-VERGANGENHEIT

Braune Lokalmatadore

VON SUSANNE HÖLL

In den ersten Maitagen, als sich das Kriegsende zum 70. Mal jährte, mahn-ten kluge Redner, dass die Gräu-er Nationalsozialismus nicht verges-sen werden dürften. Der Appell ist wohl berech-tigt, bald werden alle Zeitzeugen der NS-Ära tot sein, die unmittelbaren Erinnerun-gen an dieses beschämende Kapitel der Ge-schichte sind dann erloschen. Muss man sich in Deutschland vor einer Schluss-strich-Mentalität fürchten?

Nein, das muss man nicht. Jedenfalls nicht, wenn man auf die Städte und Städt-chen schaut, die mehr als ein halbes Jahr-hundert nach dem Ende des Hitler-Re-gimes erforschen, wie es um die Vergan-genheit der lokalen Größen bestellt ist. An-lass der Recherchen ist zumeist ein Schilderzweist. Eine Straße oder Brücke, ei-ne Gasse oder ein Gebäude wurde nach ei-nem in der Nachkriegszeit mehr oder min-der verdienstvollen Kind der Stadt be-nannt. Und dann stellt sich plötzlich her-aus, dass die persönliche Historie des sol-cherart Geehrten hässliche schwarz-brau-ne Flecken hat.

So war es in München, als die nach dem ehemaligen Landesbischof Hans Meiser benannte Straße wegen dessen einstiger antisemitischer Äußerungen umtituliert wurde. So ist es in Coburg, wo der Stadtrat

entscheiden muss, ob eine Straße den Na-men des erfolgreichen Unternehmens-gründers Max Bose tragen darf, wenn die-ser in der NSDAP war, die herausgehobene Stellung eines Wehrwirtschaftsführers be-kleidete und Zwangsarbeiter beschäftigte.

Und so ist es in Kassel. Dort wurde aus unerfindlichen Gründen in jüngerer Zeit ein jahrzehntlang als Haus der Jugend be-kannter Treffpunkt nach dem ersten Bür-germeister der Stadt, Willi Seidel, be-nannt. Der Mann war Sozialdemokrat, frü-her städtischer Beamter und in der NS-Zeit zeitweise zuständig für die Umquartie-rung von Juden in sogenannte Judenhäu-ser, einem Zwischenstopp auf dem Weg in die Konzentrationslager.

Darf eine Straße nach einem NSDAP-Funktionär benannt sein?

Überall wird heftig gestritten, was nach Offenlegung der jeweiligen persönlichen Historien zu tun ist. Darf die Straße weiter den Namen tragen? Oder ehrt man so ei-nen Menschen, der eine Schraube war, zu-mindest aber ein Schraubchen im Verbre-cherstaat? Es gibt einige wenige klare Ma-ximen, an denen sich Stadtverantwortli-che orientieren könnten. Menschen, die in der NS-Zeit unmittelbar für den Tod ande-rer verantwortlich waren, haben keinen An-spruch auf ein solches Privileg. Auch nicht

solche, die sich an jüdischem Vermögen be-reichert haben. Und dass eine Stadt wie Co-burg sich nur zu einem Namensdeal bereit-findet, weil die Firmenerben sonst nicht mehr für gute Zwecke spenden, ist eben-falls indiskutabel.

Aber diese Faustregeln helfen in der Mehrheit der aktuell diskutierten Fälle be-dauerlicherweise nicht weiter. Die Vergan-genheit der fraglichen Personen war nicht matschwarz, sondern grau meliert. Oft wa-ren sie Karrieristen und Opportunisten, so wie die meisten Deutschen jener Zeit. Sie haben nach dem Krieg ihre wahre Historie verschwiegen oder verbogen. Aber zur Wahrheit gehört auch: Kaum einer aus der Stadtgesellschaft hat genauer nachge-fragt.

München hat den Namen Meiser aus dem Stadtplan gestrichen. Anderswo hei-ßen immer noch Straßen nach ihm. Man kann, aber man muss nicht in jedem Fall umbenennen, unter einer Voraussetzung, jedenfalls. Die historische Wahrheit über den Namensgeber muss für die Nachgebö-renen bewahrt werden – ein kleiner Zusatz am Straßenschild täte gute Dienste.

Auch nähme die Stadtkultur sicher kei-nen Schaden, wenn weniger Wege und Plät-ze nach Politikern oder sonstigen Promi-nenten benannt würden. Das deutsche Stra-ßennetz ist schließlich keine Ersatz- Ehren-galerie.